

## **Sofortinfo vom Stadtvorstand vom 19.07. 2022**

Der Stadtvorstand hat sich vor der Sommerpause noch einmal in Präsenz getroffen, um die aktuellen Themen zu besprechen. Zunächst hatte sich die „Initiative Frieden“ eingeladen, um zwecks Zusammenarbeit mit uns zu reden. Dieser Initiative gehören verschiedenen Gruppierungen an, so u.a. Aufstehen, der Infoladen, die MLPD. Auch wenn wir im Thema Frieden einen hohen Konsens haben, so hat der Stadtvorstand sich jedoch nicht für die konkrete Zusammenarbeit ausgesprochen. Gerade auch weil es aus dem Infoladen heraus Angriffe auf Genoss:innen gab, auf Wahlkreisbüros und auch während des Oberbürgermeister:innen-Wahlkampf unsere Kandidatin - eben weil sie an einer Friedensaktion teilgenommen hatte - medial dafür diskreditiert wurde. Für uns steht fest, dass hier erst einmal ein Grundkonsens des Miteinanders gefunden werden muss, um dann möglicherweise auch gemeinsam Aktionen zu initiieren. Es sind schwierige Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit, auch wenn es schade ist, dass linke Kräfte keine gemeinsame Friedensperspektive aufstellen.

Die AG Wahlauswertung war ebenso zu Gast in der Sitzung und hat die Ergebnisse ihrer Umfrage dargestellt. Es wurde festgestellt, dass leider nur 51 ausgefüllte Fragebögen zurückkamen. Damit hat etwa nur ein Achtel der im Stadtverband organisierten Genoss:innen an der Abfrage teilgenommen. Diese Ergebnisse wurden jedoch ausgewertet. Zusammenfassend stellte die AG fest, dass wir proaktiver agieren müssen, anstatt zu reagieren. Die Kapitalismuskritik und -überwindung muss stärker in den Vordergrund treten. Darüber hinaus braucht es mehr innerparteiliche Kommunikation, wir müssen die gesamtparteiliche Zerrissenheit überwinden. Der Stadtvorstand dankte der AG für ihr Wirken. Das Papier werden wir auch an den Landes- und Bundesvorstand geben. Dieser Ausgabe der L&A liegt die Zusammenfassung der Ergebnisse bei.

Auch auf der Tagesordnung stand die Auswertung des Bundesparteitages. In diesen gab es große Hoffnungen, die nicht umfänglich erfüllt wurden. Der Zeitplan war zu eng, es gab zu viele Anträge und auch der Leitantrag wurde nicht ausreichend diskutiert. Der Umgang miteinander war streckenweise unfair, unsolidarisch und unangenehm. Es gab keine angemeldeten Redebeiträge des Sachsen-Anhalt-Delegation zur Generaldebatte; dazu wurde sich vorab nicht abgesprochen. Letztlich gilt aber unsere vollständige Unterstützung dem neu gewählten Bundesvorstand. Ziel muss es sein, besser zu kommunizieren, besser zu informieren, die Basis viel mehr einzubeziehen und sachlich zu streiten.

Der Stadtvorstand hat die Veranstaltung zum Ukraine-Krieg nachbesprochen. Es gab einen fairen Austausch, bei dem jede anwesende Person gut die eigene Sicht einbringen konnte. Dies hat viel zum gegenseitigen Verständnis beigetragen. Es gibt Überlegungen, einen solchen Austausch fortzuführen. Gerade in Hinblick auf Inflations- und Energiekrise können wir uns vorstellen, eine Veranstaltung dazu anzubieten.

Weitere Veranstaltungen des Stadtvorstandes sind/waren in Planung. So haben wir uns im Rahmen der CSD-Aktionswochen für ein Format am 21.8. verständigt. Hier wollen wir vor allem über Begrifflichkeiten der queeren Community ins Gespräch kommen. Zum 1. September werden wir uns mit dem DGB verständigen und ggf. etwas Gemeinsames organisieren. Des Weiteren findet am 3.9. die gemeinsame Klausur von Landesvorstand und Stadt-/Kreisvorsitzenden statt. Hier wird es vor allem um die bevorstehenden Aktionen zum „Heißen Herbst“ aber auch zur Kommunalwahl gehen.

Die kommende Sitzung des Stadtvorstandes findet am 31. August um 19 Uhr in der Ebendorfer Str. 3 statt.